

Oldenspiegel

Mitteilungen der Fraktion der Alternative für Deutschland im Rat der Stadt Oldenburg

Ausgabe 1/2018

Inhalt

Freie Fahrt in der Oldenburger Innenstadt – Diesel ist super!

Die AfD-Fraktion setzt sich für eine realistische Betrachtung der Luftqualität in Oldenburg ein. Und sie lehnt jegliche Formen von Fahrverboten in Oldenburg strikt ab.

Seite 2

Dramatische Situation in Südafrika – Betroffen ist auch Oldenburgs Partnerstadt Buffalo City Metropolitan Municipality

Die Situation der Buren und der Weißen generell ist in Südafrika höchst bedrohlich. Die AfD-Fraktion hat den Oberbürgermeister zur Situation in unserer Partnerstadt befragt. Die Antwort ist überraschend.

Seite 4

Trassenführung Verbindungsstraße Fliegerhorst

Klare Position für die vernünftigste und kostengünstigste Trasse 5.

Seite 5

Zweifelhafte „Aktion Seebrücke“

Warum hat die AfD zu diesem Antrag im Stadtrat geschwiegen? Wir verraten es Ihnen auf Seite 6

Bischof Thomas Adomeit – mehr Politiker als Pfarrer?

Die Kirche sollte sich wieder den Glaubensfragen statt der Politik widmen.

Seite 7

Weniger Politik im Krankenhaus

Ein Kommentar zur Situation des Oldenburger Klinikums.

Seite 8



Foto: flickr.com

Lesen, recherchieren, sich informieren und eine eigene Meinung bilden über die Arbeit der Oldenburger AfD-Fraktion – ab jetzt regelmäßig mit dem Oldenspiegel.

Moin moin,

mit dem *Oldenspiegel* möchten wir Sie künftig mehrmals pro Jahr über unsere Aktivitäten im Rat der Stadt Oldenburg informieren. Wir möchten Ihnen darüber hinaus unsere Positionen zu verschiedenen Themen mitteilen. Berichten werden wir auch über unsere politische Arbeit in Form von Anfragen an den Oberbürgermeister sowie die – teils doch sehr bemerkenswerten – Antworten, die wir aus dem Rathaus darauf bekom-



men – wie beispielsweise der Bericht über die Situation in Südafrika auf Seite 4.

Deutschland ist stolz auf den hohen Stellenwert der Meinungsfreiheit. Was ist aber, wenn eine Partei plötzlich gut belegt eine vom bisher üblichen Spektrum abweichende Meinung artikuliert?

Dann sind die Altparteien und oft auch die Medien überfordert. Als einziges Argument gegen Fakten und

abweichende Meinungen bleibt ihnen die Verunglimpfung als „Populismus“ – oder in letzter Zeit auch vermehrt als „rechtsextrem“. Da viele Menschen aufgrund dieser Konsequenzen von der Äußerung ihrer Ansichten absehen, ist die Meinungsfreiheit damit de facto durch die politische Korrektheit eingeschränkt.

Aber die AfD steht zu ihren Überzeugungen. Wir werden immer fragen: "Wie wirkt sich Politik konkret



auf den Alltag der Menschen aus? Was haben die Bürger davon?" Das tun unsere Vertreter in Landtagen und im Bundestag. Und das tun wir für Sie als Ihre AfD-Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg. Mit dem *Oldenspiegel* werden wir Sie künftig noch mehr daran teilhaben lassen und wir laden Sie ein, dazu auch mit uns in den Dialog zu treten.

Christoph Brederlow (Fraktionsvorsitzender) & Lidia Bernhardt

Freie Fahrt für

Im Juli berichtete die Nordwest-Zeitung über die Position des City-Management-Oldenburg (CMO), das sich für einen Verzicht auf Fahrverbote in der Oldenburger Innenstadt ausspricht. Dem gegenüber wurde die Position der Oldenburger Grünen für Fahrverbote dargestellt.

„Die Reaktion der Oldenburger Grünen auf die Kritik des CMO zu möglichen Fahrverboten in der Oldenburger Innenstadt zeigt deutlich, dass es sich hier um eine völlig unsoziale Ideologie handelt,“ sagt der AfD-Fraktionsvorsitzende Christoph Brederlow. „Die Argumentation, dass die Besitzer älterer Autos vermutlich überwiegend Menschen mit geringerem Einkommen sind, die für nur vergleichsweise geringere Umsätze in der Innenstadt sorgen, zeigt deutlich, dass die Grünen eine Klientelpolitik für Besserverdienende machen. Das ist ungerecht und unsozial!“

„Milchmädchenrechnung“ – ökonomischer Sachverstand versus grüner Ideologie

Die Oldenburger Grünen verlieren sich in Phrasen wie „Milchmädchenrechnung“, ohne selbst belastbare Zahlen oder Fakten zu nennen, geschweige denn die völlig anderslautenden Ergebnisse der Fortschreibung des Luftreinhalteplanes zu akzeptieren. Sie zeigen damit deutlich, dass die Partei an pragmatischen Lösungen ohne grüne Ideologie kein Interesse hat.

„Der formulierte Vorwurf an die Einzelhändler, nur egoistisch an den eigenen Umsätzen orientiert zu sein, ist eine weitere Unverschämtheit dieser Partei“, konstatiert Brederlow. Es ist die Aufgabe eines jeden Unternehmers, Gewinne zu erwirtschaften. Ohne Gewinne müsste der Einzelhändler seinen Betrieb schließen, womit Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verloren gehen. Wenn Menschen nicht in der Innenstadt einkaufen, sind die beiden naheliegendsten Alternativen große Einkaufszentren außerhalb der Stadt oder der online-Versandhandel.

Unser Selbstverständnis als AfD

Wir sind die Partei der Rechtsstaatlichkeit.

Migration, Euro- und Griechenlandrettung, die zunehmende Abgabe von Kompetenzen an die EU und vieles mehr verstoßen gegen geltendes deutsches Recht. Die Regierung handelt damit illegal.

Wir sind die Alternative!

Wir vertreten deutsche Interessen.

Altparteien, Medien und viele weitere gesellschaftliche Institutionen versuchen, das Verfolgen eigener – deutscher – Interessen als

falsch oder gar gefährlich einzustufen. Sie irren!

Es ist das Recht und die Pflicht deutscher Regierungen, sich primär für die eigene Bevölkerung einzusetzen. Darauf haben sie einen Eid geleistet.

Nur ein starkes und gesundes Deutschland kann langfristig überleben und so auch anderen helfen.

In Berlin muss Politik für Deutschland gemacht werden – ebenso wie in Oldenburg Politik für Oldenburg gemacht werden muss.

Wir sind die Alternative!

alle Oldenburger – unsere Position zur Umweltzone

Deutsche Umwelthilfe – ein fragwürdiger Abmahnverein

Der ideologische Standpunkt der Grünen für Fahrverbote und pro DUH ist höchst bedenklich. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) ist ein kleiner Interessenverein mit etwa nur dreihundert Mitgliedern. Der Verein ist scharfer Kritik ausgesetzt, da üppige Spenden von führenden Herstellern von E-Autos (z.B. Toyota) angenommen wurden. Ein weiteres Betätigungsfeld der DUH ist die sehr zweifelhafte Abmahnpraxis gegen „Umweltsünder“. Ob die DUH in Zukunft ihre Gemeinnützigkeit behalten wird, ist momentan noch völlig unklar, da bei dem Verein wirtschaftliche Interessen wohl durchaus eine Rolle spielen.

Fahrverbote in der Oldenburger Innenstadt sind mit Blick auf die Luftreinhaltung höchst zweifelhaft. Die Messstelle am Heiligengeistwall befindet sich an einem Standort, dessen Bedingungen – enge Straße, gleichsweise hohe Häuser und extrem hohes Verkehrsaufkommen – so nirgends sonst in Oldenburg gegeben sind. Die Ergebnisse dieses Standortes sind daher alles andere als repräsentativ.

Die – wenig bekannten – Ergebnisse des Luftreinhalteplans

Die aktuelle Fortschreibung des Luftreinhalteplans zeigt deutlich die Unsinnigkeit einer Umweltzone auf. Demnach würde die Einrichtung einer Umweltzone eine kaum wahr-

nehmbare Verringerung der NO₂-Belastung von nur einem Prozentpunkt bewirken. „Angesichts dieser minimalen Effekte ist der selektive Ausschluss von Fahrzeugen völlig unangemessen,“ kommentiert Christoph Brederlow. „Der Luftreinhalteplan zeigt, dass die mit deutlichem Abstand wirksamste Maßnahme zur Verbesserung der Luftqualität eine zügige Erneuerung der Busflotte darstellt“ (siehe Tabelle).

Die NWZ ignorierte – die CDU kopierte.

Sehr bemerkenswert ist dabei das Verhalten von CDU ebenso wie von der Nordwest-Zeitung. Denn die NWZ ignorierte die Pressemitteilung der AfD mit den hier dargestellten Argumenten weitgehend. Die CDU dagegen scheint unsere Veröffentlichung aufmerksam studiert zu haben. Denn seit kurzem argumentieren diese unserem Vorbild entsprechend nun auch gegen Fahrverbote und sie weist – wie es die AfD schon vor Monaten tat – auf die enormen Bedenken gegen die Messstation am Heiligengeistwall hin.

AfD wirkt.

Die AfD-Fraktion im Stadtrat setzt sich für alle Bürgerinnen und

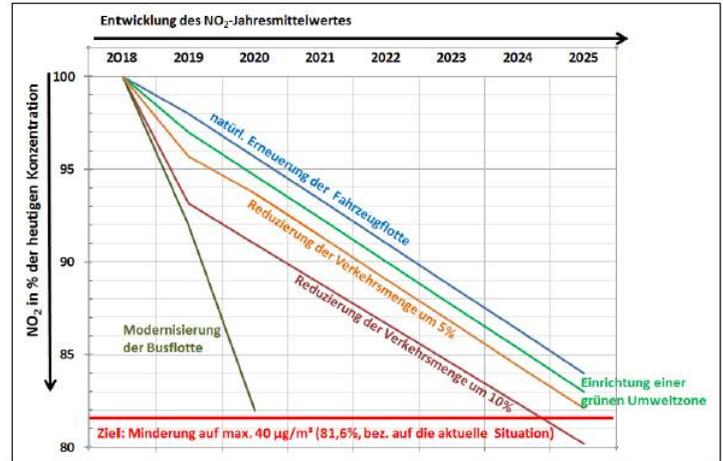


Abbildung 18: Entwicklung des NO₂-Jahresmittelwertes

Bürger sowie für eine intakte Umwelt ein. Sie favorisiert dabei eine ideologiefreie Umweltpolitik und lehnt den ideologischen Irrsinn der Grünen strikt ab.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir sogar die Copy-&-Paste-Technik der CDU. Denn sie ist in diesem Falle gut für Oldenburg und für seine Bürger. Sie belegt außerdem zugleich deutlich: AfD wirkt! Und darauf kommt es an.

Libertarius

Tabelle aus: Fortschreibung des Luftreinhalteplans der Stadt Oldenburg, Stand 24.04.2018, Seite 46

Stoppt endlich die **Geisterfahrer** in Berlin.

FREIE FAHRT FÜR FREIE BÜRGER!
A-FD 2018

ja-zum-diesel.de

AfD

Dramatische Situation in Südafrika

Auch Oldenburgs Partnerstadt Buffalo City Metropolitan Municipality betroffen

Seit Monaten gibt es Berichte über die sehr angespannte Sicherheitslage in Südafrika. In einer bedrohlich hohen Anzahl finden rassistische Verbrechen von schwarzen Südafrikanern gegen weiße Südafrikaner statt. Zugespitzt wird die Situation durch die Absicht der Regierung, weiße Farmer und Grundbesitzer entschädigungslos zu enteignen.

AfD fragt den Oberbürgermeister zu Südafrika

Auf eine Anfrage der AfD-Fraktion zur Sicherheitslage in Südafrika und insbesondere in der dortigen Oldenburger Partnerstadt Buffalo City Metropolitan Municipality antwortet der Oberbürgermeister: „Die Frage impliziert eine angespannte Situation und Sicherheitslage. Unsere Quellen bestätigen dies nicht.“

„Angesichts dieser Aussage des Oberbürgermeisters stellt sich die Frage, ob er einfach nur extrem nachlässig recherchiert hat oder warum er die besorgniserregenden Umstände in Südafrika verharmlost – und damit in gewisser Weise Gewaltverbrecher deckt,“ kommentiert das Christoph Brederlow, der Fraktionsvorsitzende der AfD im Oldenburger Stadtrat. „Auch wenn es primär ein außenpolitisches Thema ist, hat die Stadt Oldenburg wegen ihrer Partnerstadt hier doch eine besondere Verantwortung. Dieser kommt sie offensichtlich nur unzureichend nach.“

Von der AfD recherchierte Fakten

Die AfD-Fraktion gibt dem Oberbürgermeister gerne ein wenig Nachhilfe. Bereits im September 2017 berichtete das Magazin „Stern“: „Seit Ende der Apartheid sind Tausende weiße Farmer in Südafrika ermordet worden. Sie wurden Opfer banaler Kriminalität, aber auch Opfer politisch geschürten Hasses.“ Wenig später schrieb das Handelsblatt: „Auch 25 Jahre nach Ende der Apartheid werden regelmäßig weiße Farmer, ihre Familien und Angestellten er-

mordet.“ Und im britischen Telegraph hieß es bereits im März 2017: „Jacob Zuma fordert die entschädigungslose Enteignung von ‚weißem Land‘.“ Der ARD-Weltspiegel widmete sich schließlich im April diesen Jahres der Problematik: „Was alle [Weißen] hier eint, ist die Sorge, dass



Trügerische Idylle am Kap der guten Hoffnung.
(Foto: Stefan Schäfer. Quelle: Wikipedia)

sie in dem Land, das sie auch als ihre Heimat betrachten, nicht mehr willkommen sein könnten.“

Auch Ratsfrau Lidia Bernhardt ist voller Unverständnis über die Aussage des Oberbürgermeisters: „Es ist zwar eine sehr gute Nachricht, wenn es bislang keine Berichte über Kriminalität gegen Weiße in der Oldenburger Partnerstadt gibt. Spätestens nach unserer Anfrage musste die Verwaltung sich aber über die Situation in Südafrika generell informieren. Es ist dann äußerst irritierend, wenn die vielen schrecklichen Berichte komplett ignoriert werden.“

Direkter Kontakt der AfD nach Südafrika

Um sich ein besseres Bild zu machen – soweit das aus der Ferne möglich ist –, hat die AfD-Fraktion Kontakt mit Afriforum, einer Interessenvertretung der (weißen) Buren in Südafrika, aufgenommen. Die stellvertretende Geschäftsführerin Alana

Bailey berichtet: „Wie in ganz Südafrika ist auch in Buffalo City die Kriminalitätsrate erschreckend hoch. Da die offizielle Statistik bei Tätern wie bei Opfern nicht nach Rassen differenziert, gibt es keine belegbaren Zahlen speziell zu Verbrechen gegen Weiße. Wobei das bei derart hohen Verbrechenzahlen auch schon unerheblich ist. Die Situation im ganzen Land ist äußerst instabil. Viele – vor allem gut ausgebildete Menschen – verlassen das Land bereits. Auch

wenn wir nicht generell vor Reisen nach Südafrika warnen, so raten wir allen Touristen – einzeln wie auch in Gruppen – immer wachsam und vorsichtig zu sein. Aber trotz dieser wirklich schwierigen Situation hoffen wir, dass letztlich die Vernunft die Oberhand gewinnen wird.“

Ähnlich wie der Oberbürgermeister hat im Juli 2018 die Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Dr. Anton Friesen geantwortet. Doch die Lage in Südafrika scheint sehr besorgniserregend zu sein. Sie bedarf dringend mehr öffentlicher Aufmerksamkeit in Deutschland wie auch weiterer Recherchen und Berichte, um ein realistisches Bild der Situation zu bekommen. Dabei müssen Täter und Opfer klar benannt werden. Ein pauschales „Unsere Quellen bestätigen das nicht“ des Oberbürgermeisters gleicht da einem naiven Kopf-in-den-Sand-Stecken.

Blick in die Geschichte.**Kaiser Wilhelm II. pflegte gute Kontakte zu den Buren in Südafrika**

Die südafrikanische Minderheit der Buren hatte historisch aufgrund kultureller Nähe große Sympathien für die Deutschen. Die Buren stammen überwiegend von holländischen, aber auch von deutschen und französischen Siedlern, vorwiegend Bauern, ab, die sich seit Mitte des 17. Jahrhunderts in der Kolonie niederließen. Kaiser Wilhelm II., der selbst holländisches Adelsblut aus dem Hause Oranje trägt, gratulierte 1896 Präsident Paulus Krüger zur 1. Burenrepublik in der Krüger Depesche. Wilhelm II. betonte dabei, dass es die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen – gemeint war das Britische Empire – zu wahren galt.

Dies sorgte im viktorianischen Weltreich nach dem ersten Burenkrieg von 1880/81 für einen Aufschrei. Im zweiten Burenkrieg von 1899-1902 kam es in Deutschland zu einer starken Solidarisierung mit den Buren, in dem vereinzelt auch Deutsche gegen das Britische Empire kämpften. Viele Buren kämpften in Südafrika mit deutschen Mauser-Gewehren. 1901 kam es in Deutschland am Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald zu einer deutschen Kundgebung für die Buren, in der der General und Politiker der Buren Christian Dewet eine Ansprache hielt.



G. S. Smithard; J. S. Skelton (1909) – The Voortrekkers
(Quelle: Wikipedia)

Ein Ziel Kaiser Wilhelms II. und auch Dewets war die Vereinigung der deutschen Kolonie Deutsch-Süd-



Kaiser Wilhem II. (Foto: Bundesarchiv. Quelle: Wikipedia)

West-Afrika, die direkt an Südafrika und die Burenrepublik grenzte, mit der Burenrepublik. Doch dies wollten die Briten um jeden Preis verhindern.

Im 1. Weltkrieg kam es 1914 zur Maritz-Rebellion, in der burische Minderheiten mit dem Deutschen Reich gegen die Alliierten in den Kolonien kämpfen wollten. Es kam in Südafrika zu Sabotage und kleinen Guerillakämpfen, doch fehlte den Rebellen der Rückhalt in der eigenen Bevölkerung. 1915 wurde der Aufstand niedergeschlagen und viele Burengeneräle wie Dewets mussten in Haft. Die Buren sind bis heute dankbar für die Solidarisierung der Deutschen und Kaiser Wilhelms II..

Prätorianer

Straßenbau**Trassenführung der Straße Fliegerhorst nach Wechloy**

Man mag es kaum glauben, aber wenn es so weiter geht, haben wir in Oldenburg bald einen neuen Stadtteil mit dem Namen Absurdistan. Hier streiten die auch in Oldenburg schon länger regierenden Parteien im Rat der Stadt Oldenburg um die sogenannte Trassenführung – kurz: wo und wie verläuft die neue Straße durch das neue erschlossene Gebiet Fliegerhorst? Durch die städtebauliche Erschließung des enorm großen Grundstücks des ehemaligen Fliegerhorst wird diese schon lange fällige Verbindungsstraße endlich möglich.

Obwohl die Stadtkassen eh schon fast leer sind und man auf etlichen Millionen Schulden sitzt, lehnt die CDU-Fraktion eine kostengünstige Trassenführung (Trasse 5) ab. Lieber möchte man eine andere Trassenführung haben, die nur mit erheblichen teuren Zukäufen von fremden Grundstücken möglich wäre.

Klare Position der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg.

Die Stadt Oldenburg benötigt diese Straße. Die Trassenführung Nummer 5 liegt gänzlich im Eigentum der Stadt. Neben der Ansiedlung von Gewerbe ist es zudem zwingend erforderlich, hier weiteren Wohnraum zu schaffen. Die Stadt hat diesbezüglich einen enormen Nachholbedarf, der mit der Erschließung des Gebietes abgebaut werden könnte. Obwohl die beiden AfD-Abgeordneten in dieser Frage eine klare Position haben, ist es ihnen wichtig, die Bevölkerung in die Entscheidungs- und Entwicklungsfindung einzubeziehen. Dieses ist bis heute nicht im ausreichenden Masse geschehen und muss zwingend nachgeholt werden. In ihrem starken Einsatz für direkte Mitbestimmung – in der Lokalpolitik wie auch bei Entscheidungen auf Bundesebene – zeigt sich die AfD immer wieder als die demokratischste der großen Parteien – so auch in Oldenburg.

Roger van de Klar

Zweifelhafte „Aktion Seebrücke“

Was sind die wahren Fluchtursachen? Wer ist verantwortlich? Was kann getan werden?

Mit einem gemeinsamen Antrag von SPD, Linken, Grünen und WFO/LKR, der dann auch mit deren Mehrheit beschlossen worden ist, hat der Rat der Stadt Oldenburg am 24. September unsere Stadt zu einem „sicheren Hafen für Geflüchtete“ erklärt. Es sollen weitere geflüchtete Menschen, über die derzeitige – die Aufnahmequote bereits übererfüllende – Anzahl hinaus, aufgenommen werden. Die Antragsteller möchten damit Not und Elend in der Welt lindern – eine sehr ehrenwerte Absicht, die auch die AfD teilt. Trotzdem halten wir diese Aktion Seebrücke für höchst fragwürdig.

Warum sterben Menschen im Mittelmeer?

Die Befürworter der Seebrücke weisen darauf hin, dass bereits über 1.500 Menschen bei dem Weg übers Mittelmeer in diesem Jahr gestorben sind. Das ist tragisch. Mehr noch, als den nächsten Bootsflüchtlingen zu helfen, stellt sich uns aber die Frage nach dem Warum dieser Flucht und nach Möglichkeiten, die Ursachen zu beheben. Ein Grund für das Sterben im Mittelmeer ist sicher, dass für die Überfahrt sehr einfache Schlauchboote benutzt werden, die oft vollkommen überbesetzt sind. Dass eine Fahrt quer über das Mittelmeer auf diese Weise lebensgefährlich ist, ist sicher auch den meisten Bootsflüchtlingen bewusst. Sie benutzen diese Boote trotzdem, weil sie sicher davon ausgehen, bereits kurz nach Verlassen der libyschen Küste gerettet zu werden. Das aber bedeutet, dass dort bereits Schiffe zur Rettung warten müssen.

Nach internationalem Seerecht sind aus Seenot Gerettete dann „schnell in einen sicheren Hafen“ zu bringen. Das wäre in Libyen oder aber in Tunesien. Die eigentliche Fluchtstrecke bis zu den wartenden Booten der Seebrücke ist in der Regel nur ein Bruchteil der Entfernung bis nach Italien. Dass die Rettung und der anschließende Transfer nach

Europa daher eine Art von Abholservice darstellen, ist offensichtlich.

Was sind die wirklichen Fluchtursachen?

Angesichts der enorm großen Bevölkerungszahl in den arabisch-afrikanischen Ländern einerseits sowie andererseits der großen Zahl der bereits nach Europa Migrierten ist die genaue Untersuchung der wahren Gründe für diese Migrationsbewe-



Hungernde Menschen warten auf Lebensmittelhilfe in Kenia. - Den wirklich Hilfsbedürftigen nutzt die „Aktion Seebrücke“ nicht.
(Foto: Marisol Grandon/UK Department for International Development)

gung essentiell. Es ist dabei besonders bemerkenswert, dass ausgerechnet die CDU als die Partei, die mittels der von ihr gestellten Bundeskanzlerin für den Beginn dieser Wanderungsbewegung verantwortlich ist, im Stadtrat auf Distanz zum genannten Antrag ging und gleichzeitig einen Änderungsantrag stellte, der nach den Fluchtursachen fragt wie auch nach den Möglichkeiten, wie Oldenburg vor Ort helfen könnte. Das scheint zwar pragmatisch und lösungsorientiert. Es ist aber angesichts der Verantwortung der CDU für diese Situation ein lächerlich wirkendes Ausweichmanöver.

Afrika kann nicht in Europa gerettet werden.

Afrika kann nicht in Europa gerettet werden. Die Hauptursache der Probleme in Afrika und den arabisch-muslimischen Ländern – deutlich vor Krieg und Verfolgung – ist deren exponentielles Bevölkerungswachstum. Dadurch entstehen erhebliche Versorgungsprobleme, die die primären Auslöser für „Flucht“ sind. Das belegt die extrem hohe Anzahl von derzeit etwa 700.000 abgelehnten und somit ausreisepflichtigen Asylbewerbern. Diese sind also Wirtschaftsflichtlinge. Wirtschaftsmigration berechtigt aber nicht zu Asyl. Für das

Bevölkerungswachstum sind aber zuallererst die Menschen und ihre Regierungen vor Ort selbst verantwortlich. Ihnen die Verantwortung und die grundsätzliche Fähigkeit zur Lösung ihrer eigenen Probleme abzusprechen, ist rassistisch.

Zu bedenken ist daneben außerdem, dass auf diese Weise nicht die wirklich Bedürftigen kommen. Es kommen diejenigen, die die Schlepper bezahlen können, und die körperlich zu der weiten Reise in der Lage sind. Die Armen, Alten und Kranken bleiben in Afrika. Den wirklich Hilfsbedürftigen wird gerade nicht geholfen.

Wie vielen können kommen? Wo ist die Obergrenze?

Wie lange und wie viel können Deutschland – und auch Europa – hier helfen – nicht nur, aber auch angesichts der enormen Kosten? Da die wenigsten Migranten hier Arbeit finden, sind sie eine finanzielle Belastung. Laut dem Handelsblatt betragen die Kosten der Migration für das Jahr 2017 in Deutschland etwa € 21 Mrd. Das entspricht einem Anteil von etwa € 250 pro Person unserer ca. 80 Millionen Einwohner. Wenn man diesen Betrag in einer sozial gestalteten Steuerentlastung primär zugunsten der Ärmern verteilen würde, könnte eine 4-köpfige Familie davon mit € 2.000 pro Jahr profitieren. Das bedeutet umgekehrt: wenn man wegen der Migrationskosten auf diese Steuerentlastung verzichtet, wird diese Familie mit genau diesem Betrag zur Finanzierung der Migration belastet.

Vorschlag: Befragung der Bürger

Eine bundesweite Volksbefragung dazu können wir aus Oldenburg nicht auf den Weg bringen. Wenn alle linken Parteien im Rat aber gemeinsam sagen, dass „wir“ als Stadt Oldenburg hier mehr tun sollten, so sollte man zumindest die Meinung der Oldenburger Bevölkerung dazu einholen. Das halten diese Parteien vermutlich für populistisch. Aber wenn sie sich Ihrer Sache sicher sind, dann könnten Sie mit einer solchen Befragung der AfD und ihren Anhängern beweisen: #wirsindmehr.

Die AfD ist der Meinung, dass die Bürger erst Recht gefragt werden müssen, wenn sich die noch-mehr-Migration-Befürworter ihrer Mehrheit nicht sicher sind. Denn sonst müssen sie sich die Frage gefallen lassen, ob sie diese Politik tatsächlich in vollem Bewusstsein gegen den Willen der Mehrheit der eigenen Bevölkerung durchsetzen wollen? Das würde ihrer Aufgabe als Volksvertreter widersprechen.

Forderungen der AfD

Die AfD möchte den wirklich Hilfsbedürftigen helfen. Das bedeutet Hilfe in den Ländern vor Ort. Wir be-

stehen auf der Einhaltung der Gesetze. Asyl gibt es nur für tatsächlich Asylberechtigte. Und wir möchten, dass gerade in einer so entscheidenden Frage die Regierung entsprechend des Willens der Bevölkerung handelt. Diesen gilt es daher zu überprüfen.

Bewusste Provokation der AfD?

Diesen Kriterien entspricht die Aktion Seebrücke nicht. Sie ist unserer Meinung nach daher reiner Populismus einer, wie wir glauben, linken Minderheitsmeinung. Der Antrag war aus Sicht der beiden Ratsmitglieder auch eine Provokation der AfD-Fraktion – wenngleich diese sicher ebenso unbeabsichtigt wie unvermeidlich war. Da Verständnis für unsere Argumente bei den Kollegen im Stadtrat ebenso wenig zu erwarten war wie eine sachliche Diskussion darüber, hat die Fraktion sehr bewusst auf eine Stellungnahme dazu im Rat verzichtet. Zudem war in der Nordwest-Zeitung in der Vergangenheit des öfteren kein Platz für unsere Diskussionsbeiträge im Rat oder in Ausschüssen wie auch für unsere Pressemitteilungen. So war auch in dieser Sache, zumal die Argumentation zwangsläufig etwas umfangreicher ausfallen musste, eine ausführliche Darstellung unserer Position in der Nordwest-Zeitung nicht zu erwarten gewesen.

Umso mehr waren wir erstaunt, dass ausgerechnet der Verzicht auf einen Redebeitrag Erwähnung gefunden hat. Ob man wohl auf einen solchen Beitrag gewartet und die vermutete Provokation der AfD mit einkalkuliert hatte?

Libertarius

Bischof Thomas Adomeit – mehr Politiker als Pfarrer?

Die AFD Fraktion im Oldenburger Stadtrat ist sich sicher, dass mit der Wahl von Thomas Adomeit zum neuen Bischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche der Abwärtstrend an Mitgliedern weitergeht.

Anstatt sich auf die eigentlichen Aufgaben des christlichen Glaubens zu konzentrieren, diesen zu festigen und sich zu bemühen, abgewanderten Mitgliedern zurück in die Gemeinden zu verhelfen, widmet sich Herr Adomeit gesellschaftspolitischen Themen. Die Flüchtlingsfrage kommt genauso vor wie auch Fragen zur Energiewende und Massentierhaltung. In bester Anlehnung an Katrin Göhring-Eckhardt (Bündnis 90/Grüne) in ihrer Amtszeit als Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die hier mit ihren gesellschaftspolitischen Themen kläglich scheiterte, tritt nun der neue Bischof in die gleichen grün-ideologischen Fettnäpfchen.

Eine Rückbesinnung auf die eigentlichen Aufgaben der Kirche, wie sie uns zuhauf durch Aussprüche von Jesus Christus und seinen Aposteln überliefert sind, wäre mehr als angezeigt. Welches Bild vertritt eine Kirche, wenn sie meint, Wahrheit und Lösungen in allen Politikfeldern zu besitzen, während ihr gleichzeitig die Mitglieder davon laufen und sie sich damit ihrer eigentlichen Aufgabe nicht stellt bzw. diese nur mangelhaft erfüllt?

Christen, die Mitglieder der AfD sind, werden in Deutschland zunehmend stigmatisiert und ausgegrenzt – ausschließlich aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit. Eine solche Diskriminierung innerhalb einer kirchlichen Gemeinschaft ist unerträglich.

Der neue Bischof Thomas Adomeit wird hier wohl ebenso wenig einschreiten wie seine Kollegen bundesweit auch. Damit geht die Oldenburger Landeskirche zielsicher weiter auf ihrem Weg in die Bedeutungslosigkeit. Thomas Adomeit könnte so der letzte Bischof der Oldenburger sein.

Roger van de Klar

Im Dialog

Ihre AfD-Fraktion freut sich über den Kontakt und den Austausch mit Ihnen.

Eine Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und ein direkter Austausch mit den Bürgern ist erklärtes Ziel der AfD. Das ist auch den beiden Mitgliedern der Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg ein wichtiges Anliegen. Wir sind daher sehr am Kontakt und am Austausch mit Ihnen interessiert.

redaktion@afd-fraktion-oldenburg.de

Schreiben Sie uns, wie Ihnen unser bisheriges Engagement im Stadtrat gefällt. Was finden Sie besonders gut? Was vermissen Sie? Welche Themen sollte die AfD-Fraktion noch aufgreifen? Welche sind Ihrer Meinung nach vielleicht weniger wichtig?

Wir versprechen Ihnen, dass wir Ihre Zuschriften genau lesen und in unsere künftigen Entscheidungen einbeziehen werden.

So hoffen wir, auf Basis eines nun intensivierten Dialogs mit Ihnen künftig noch besser im Sinne unserer Mitglieder und Wähler in der Oldenburger Lokalpolitik tätig sein zu können.

Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Mit Ihrer Spende können Sie unsere Arbeit unterstützen, damit der *Oldenspiegel* künftig noch mehr Menschen erreichen kann.

Spendenkonto:
DE11 2805 0100 0092 0689 56

Impressum:

Fraktion der AfD im Rat der Stadt Oldenburg

Kleine Kirchstrasse 11
26122 Oldenburg.

redaktion@afd-fraktion-oldenburg.de

V.i.S.d.P.: Christoph Brederlow

In Abstimmung mit unseren Autoren, Fotografen und Mitarbeitern verzichten wir zum Schutz derer Privatsphäre hier auf Namensnennungen.

Weniger Politik im Krankenhaus!

Ein Kommentar des Fraktionsvorsitzenden Christoph Brederlow zu den Problemen der Städtischen Kliniken

Es ist zunächst zu bemerken, dass die Informationen, die die AfD-Fraktion in Oldenburg zu den Städtischen Kliniken hat, nicht aus dem Verwaltungsrat der Klinik selbst, sondern aus Gesprächen mit Ratskollegen, Diskussionen aus dem Verwaltungsausschuss und Beschlüssen, die der Rat zu den Kliniken seit 2016 getroffen hat sowie dem Gutachten der Boston Consulting Group stammen. Demnach gibt es bei den Städtischen Kliniken Missmanagement in den Bereichen Wirtschaftlichkeit, Marketing und Unternehmensführung.

Die Gutachter empfehlen einen dreiköpfigen Vorstand aus einem medizinischen Geschäftsführer, einem kaufmännischen Geschäftsführer und einem Geschäftsführer für die Bereiche Forschung und Bildung. Zudem soll sich ein Restrukturierungsmanager um die wirtschaftlichen Probleme und ein positiveres öffentliches Bild kümmern.

Viele Klinikangestellte prangern eine Kampagne gegen die Kliniken an und fühlen sich zu Unrecht verurteilt. Das muss sich schnellstmöglich ändern.

Die AfD-Fraktion betrachtet das Gutachten in vielen Bereichen als unvollständig, da wichtige Aspekte, wie eine mögliche Privatisierung bzw. Teilprivatisierung, unberücksichtigt bleiben. Zudem muss der Verwaltungsrat mehr in die Verantwortung genommen werden.

Die derzeitige Situation der Kliniken belegt zweifelsfrei, dass es dem Verwaltungsrat an Kompetenz zur Beaufsichtigung und Lenkung eines Klinikkomplexes fehlt. Dabei scheint die politische Zusammensetzung des Verwaltungsrates einen erheblichen Teil zu den Führungsproblemen beizutragen. Für die AfD-Fraktion gilt es zu hinterfragen, ob hier nicht politische Machtspiele auf dem Rücken der Klinik ausgetragen werden.

Es braucht mehr fachliche Kompetenz im Aufsichtsrat. Diese ist am ehesten von Vertretern privater Anteilseigner zu erwarten. Durch eine Teilprivatisierung wäre das möglich,

während gleichzeitig der Stimmenanteil der aus dem Stadtrat entsandten Verwaltungsratsmitglieder konsequent verringert wird.

An dieser Stelle hört man bei der Formulierung dieser Überlegungen bereits förmlich den vorwurfsvollen Ruf vieler, die AfD sei eine neoliberale Partei. Dem ist zu entgegnen, dass die AfD an sehr vielen Stellen ein staatliches bzw. sozialstaatliches Engagement sowie eine öffentliche Kontrolle der Gesellschaft über wichtige Teilbereiche ausdrücklich befürwortet. Daher ist hier auch sehr bewusst von „Teil“-Privatisierung die Rede. Dem Verwaltungsrat würden ein paar Stimmenanteile aus der Privatwirtschaft sicherlich gut tun.

Gleichzeitig ist der AfD auch die sinnvolle und sparsame Verwendung der Steuergelder sehr wichtig. Effizientes Wirtschaften in öffentlichen Betrieben ist daher von hoher Bedeutung. Es hat sich herausgestellt, dass ein solches effizientes Wirtschaften am ehesten wenn nicht gar ausschließlich dann möglich ist, wenn ein Privatinvestor mit im Risiko steht – und wenn im Falle eines Scheiterns auch negative Konsequenzen für diesen Investor folgen!

Die AfD-Ratsfraktion ist der Meinung, dass nur Betriebe, die wirtschaftlichen Erfolg haben, auch wirtschaftlich gesund sind. Nur gesunde Betriebe können dauerhaft hochwertige Leistungen zu angemessenen Preisen für ihre Nutzer und Kunden erbringen.

Daher sind wir der Ansicht, dass eine Teilprivatisierung ein sinnvoller Schritt zur Verbesserung der finanziellen wie auch der medizinischen Lage des Klinikums und damit zur medizinischen Versorgung der Bürger Oldenburgs wäre.